

Für ganz Großbritannien und Irland nimmt Bestellungen entgegen die deutsche Buchhandlung von Franz Echim, 3 Brook Street Grosvenor Square, London, W. und 32 Princess Street, Manchester.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage um 5 Uhr Nachmittags. Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Kgl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Insertionsgebühr 1 Sgr. pro Zeile oder deren Raum. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Kettemeyer, Kurtrasse Nr. 50, in Leipzig: Heinrich Hübner; in Altona: Haasensteins u. Vogler; in Hamburg: B. Tälthelm.

Danziger



Zeitung.

Organ für West- und Ostpreußen.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 9 Uhr Vormittags.

London, 6. Februar. In der von gestern zu heute stattgefundenen Nachtigung beider Häuser des Parlaments waren die zu erlassenden Adressen an die Königin Gegenstand der Debatten. Im Unterhause stellte White ein Amendement, welches vorschlug, das Haus spreche sein Bedauern aus, die Reformfrage in der Thronrede zu verweisen; dasselbe wurde mit 129 gegen 46 Stimmen verworfen. Russell erwiderte auf eine desfallsige Anfrage Disraeli's, er hoffe, daß der Friede nicht unterbrochen werde. England habe Turin und Paris wissen lassen, daß es einen Angriff auf Venedig mißbillige. — Im Oberhause wünscht Derby zu wissen, ob die Beziehungen zwischen Frankreich und England befriedigend seien, da Napoleons Thronrede ihm aggressiv erscheine. Lord Granville erwiderte ihm, daß die Beziehungen Englands mit auswärts, besonders jene mit Frankreich vollkommen befriedigend wären. Die Adressen wurden schließlich in beiden Häusern angenommen.

(M.C.N.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

London, 5. Februar, Nachmittags. Die Königin hat das Parlament in Person eröffnet. In der Thronrede heißt es in Betreff der auswärtigen Politik unter Anderem: Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind fortwährend freundschaftlich und befriedigend. Ich hoffe, daß die Mäßigung der europäischen Mächte eine Unterbrechung des Friedens verhindern werde. Ereignisse von großer Wichtigkeit haben sich in Italien zugetragen. Da ich glaube, daß es den Italienern überlassen bleiben müsse, ihre eigenen Angelegenheiten zu ordnen, so ersuchte ich es nicht für gerecht, eine active Intervention in dieser Frage auszuüben. Die betreffenden Papiere werden Ihnen vorgelegt werden. Es wurde ein Uebereinkommen geschlossen, um dem Sultan einen zeitweiligen militärischen Beistand zur Wiederherstellung der Ordnung in Syrien zu leisten. Dieser Beistand ward durch ein französisches Truppencorps geleistet, welches nach Syrien geschickt wurde als Repräsentant der Mächte. Auch der Sultan stellte in Syrien unter einem geschickten General beträchtliche Streitkräfte auf. Ich hoffe, daß die Ruhe in Syrien bald wieder hergestellt und daß die Zwecke der Convention vollständig erreicht sein werden.

Die Operationen der Streitkräfte der Allirten in China sind vom besten Erfolge gekrönt worden. Während aller dieser Operationen und Unterhandlungen herrschte zwischen den Commandirenden und Befehlshabern Englands und Frankreichs das freundschaftlichste Einvernehmen.

Der Zustand Indiens hat sich gebessert.

Es haben ernste Differenzen in den vereinigten Staaten von Nordamerika statt. Ich kann unmöglich ohne Sympathie Ereignissen zuschauen, welche auf das Glück eines mit Meinen Unterthanen so innig verbundenen Volkes influiren könnten. Ich wünsche, daß diese empfindlichen Differenzen eine befriedigende Lösung finden mögen.

Die Rede kündigt schließlich mehrere Gesetzentwürfe, aber kein Reformprojekt an.

Wien, 5. Februar. Die heutige „Wiener Zeitung“ meldet in ihrem amtlichen Theile, daß Graf Rechberg auf sein Ansuchen der Präsidentschaft des Staatsministeriums entbunden sei, mit der Leitung des Ministeriums des Kais. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten aber betraut bleibe. Dem Erzherzog Rainer ist die Leitung der Geschäfte des Ministerraths und das Präsidium desselben übertragen. Das Präsidium des Reichsraths ist

bis auf weiteres dem Grafen Kadashy zugewiesen. Protobevera ist zum Justizminister, Graf Widenberg zum Minister des Handels und der Volkswirtschaft ernannt. Alle Angelegenheiten, welche die organische Gestaltung und die Wirksamkeit der politischen Vertretungskörper betreffen, die dermaligen Geschäfte des beständigen Unterrichts- und Kultusministeriums, sowie die Oberleitung der wissenschaftlichen und Kunst-Institute sind dem Staatsministerium zugewiesen, während die übrigen bisher dem Staatsministerium zugehörigen Geschäfte der politischen Verwaltung in einem eigenen Körper behandelt werden sollen, dessen unmittelbare Leitung Herrn von Laffer übertragen worden ist. Polizeidirector Pömann ist mit wirklichem Hofrathscharakter zum Polizeidirector in Krakau, der bisherige Polizeirath Ullmann zu Wien mit dem Titel eines Regierungsrathes zum Polizeidirector in Prag ernannt worden.

Paris, 5. Februar, Morgens. Der „Moniteur“ meldet, daß dem gesetzgebenden Körper in seiner heutigen Sitzung Mittheilungen der Regierung zugehen werden. — Marschall Bosquet ist gestorben.

Turin, 4. Februar. Ruggiero Settimo ist zum Präsidenten des Senats ernannt worden. Die gestern stattgehabten Nachwahlen haben überall einen ruhigen Verlauf gehabt. Prof. Crispi und Crispi sind zu Deputirten gewählt worden.

Paris, 5. Februar. Hier eingegangene Nachrichten aus Neapel von 2. d. melden, daß die ganze Garnison nach Capua ausgedrückt ist. Die Miliz schützt Neapel; ein aus Freiwilligen bestehendes Fremdenkorps ist gebildet worden.

London, 5. Februar, Vormitt. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Washington vom 22. v. M. hat der Commandirende der Truppen von Florida, General Hayne, dem Präsidenten Buchanan die Anzeige gemacht, daß er das Fort Pickens nicht angreifen werde und daß die Staaten des Südens in der Hoffnung eines friedlichen Arrangements Collisionen vermeiden wollen. Georgia hat die Union verlassen.

Kopenhagen, 4. Februar. (H. N.) „Dagbladet“ meldet: „Die Hamburger Zeitungen enthalten ein Kopenhagener Telegramm, demzufolge die europäischen Mächte dringend zur Nachgiebigkeit rathen und eine Blockade als Folge der Bundesexekution keineswegs anerkennen wollen. Wir sind in Stand gesetzt, zu erklären, daß diese Mittheilung jeder Begründung entbehrt und daß selbst kein Factum vorliegt, welches durch Mißverständnis oder Entstellung jene Nachricht hätte veranlassen können. Dieselbe ist daher vollständig erdichtet.“

Landtags-Verhandlungen.

9. Sitzung des Abgeordneten-Hauses, vom 5. Februar.

Der Präsident, Herr Dr. Simon eröffnet um 10 Uhr die Sitzung. Die Tribünen sind lange vor der Eröffnung gefüllt. In der Hofloge befindet sich der Prinz Friedrich Carl — ebenfalls schon vor Beginn der Sitzung. Am Ministerische die Herren Graf Büdler, Graf Schwerin, v. Auerswald, v. Batow, v. Roon, v. Bernuth, v. Schleinitz. Die Diplomatenloge ist ganz gefüllt. Das Haus tritt sofort in die Specialdiscussion über den Adressentwurf ein, und da der Herr Berichterstatter auf das Wort verzichtet, kommt das erste Alinea, zu welchem kein Amendement gestellt ist, zur Abstimmung; es wird ohne Discussion angenommen. Auch das 2. Alinea wird angenommen. Zum 3. Alinea nimmt das Wort Herr v. Wedell (Grenzow). Er spricht seine Ueberzeugung aus, daß Se. Maj. gewiß treu an der Verfassung halten, aber auch die bessere Hand nicht weichen lassen. Den Schluß jenes Alinea könne aber der Redner nicht im Einklange mit dem Alinea 5 erkennen und dazu bestimme ihn das Verhalten der rechten Seite dieses Hauses in voriger Session bei Behandlung der Militärvorlagen. Von Herzen wünsche er, daß die Adresse eine Fassung erhalte, welche ihm und seinen politischen Freunden es möglich mache, derselben zustimmen zu können. In der folgenden Abstimmung wird das Alinea 3 mit großer Majorität angenommen. Zu dem 4. Alinea sind 5 Amendements eingegan-

Aufgabe mit deutscher Gewissenhaftigkeit und mit zu großer Verschwendung ihres bedeutenden Stimmmaterials. Der elegante und französisch-frivole Charakter dieser Musik aber, welche selbst bei ersten Anläufen ihr gefälliges, rhythmisch-pikantes Wesen niemals aufgibt, verzichtet auf das äußerste Maß jener tief seelischen Accente der deutschen Musik. Wir möchten also der Künstlerin für die Melanie eine leichtere Haltung anrathen, mehr Zurückhaltung in der Verwendung breiter, mächtiger Töne, dafür aber eine größere Discretion in der Behandlung französischer Gesangseffekte. Die Gefühlseite der romantischen Melanie kann deshalb doch hinlänglich markirt werden. Der Antarkström pflügt ein Zankapfel zwischen Barytonisten und Bassisten zu sein. Die tiefe Stimmlage giebt dem Bassisten Recht, die dramatische Fertigkeit aber ist in der Regel bei dem Barytonisten vorherrschend. Hr. Jansen, als letzterer, fand allerdings Manches in der Partie unbedeutend und wirkte deshalb in musikalischer Beziehung nicht überall hervortretend genug, im Uebrigen aber war die Charakteristik der Rolle eine tüchtige.

Die Herren Ludwig und Griebel sangen die beiden Ver schworenen, der letztere als routinirter Sänger, der erstere als Anfänger im Solofach. Stimme ist bei Hrn. Ludwig vorhanden, aber auch Mangel an Elasticität des Organs. Im Ensemble, wo die Bildungsschwächen sich mehr verbergen, z. B. in dem wirkungsvollen Terzett der Ver schworenen, führte Hr. L. die Oberstimme mit gutem Effect. Der Page des Frl. Wallbach war eine recht fleißige Leistung, auch ehrenwerth in der Coloratur, bis auf die hier und da nicht ausreichende Höhe. Wir machten neulich die

gen. Wegen den Entwurf haben sich gemeldet: der Graf Büdler, Reichensperger (Geldern), v. Reibnitz, Behrend (Danzig), v. Blankenburg, Osterrath, Dr. Zeit; für denselben: v. Berg, v. Sänger, v. Vinde (Hagen). Auf den Antrag des Herrn v. Berg wird trotz des Widerspruches der Herrn v. Blankenburg, Reichensperger (Geldern) und des Berichterstatters die Discussion auf den ersten Satz beschränkt, weil die Streichung des ganzen zweiten Satzes von den Conservativen beantragt ist. Zu diesem ersten Satz nimmt das Wort Herr v. Reibnitz (gegen den Entwurf), um sein Amendement zu verteidigen. Er will, daß eingeschaltet werde: „ohne mit der Vergangenheit zu brechen“.

(Siehe gestrige Correspondenz.) Herr v. Berg (für den Entwurf und gegen das Amendement des Herrn v. Blankenburg). Wäre der Satz: „Königthum von Gottes Gnaden“ in dem Entwurfe gleich aufgenommen worden, so ließe sich dagegen nichts einwenden; wird dieser Satz aber hinzugefügt, so enthält er eine Parteilichkeit und man wird gezwungen nachzudenken, was darin liege. Die Nachsälle des Königs ist durch das Gesetz beschränkt und durch zwei Königsdeide, und diese allgemeinen Worte erwecken zahlreiche, schwere Bedenken. Für das Amendement v. Reibnitz könne man sich allenfalls aussprechen, nachdem Se. Maj. an anderer Stelle eine so präcise Antwort gegeben, die mit solch' freudiger Genugthuung aufgenommen worden sei.

Hr. v. Blankenburg. Hr. Matthies habe gestern die Worte eines gewissen Jemandes citirt, der gesagt hat, daß man lokale und royalistische Gefinnungen auf allen Seiten des Hauses voraussetze. Wäre dies nicht der Fall, so hätten wir die Zustände des freien Amerikas. Wenn wir nun bei Ihnen royalistische, lokale Gefinnungen voraussetzen, so erkennen Sie doch bei uns auch Verfassungstreue an, anstatt uns stets in Reben und Schritten zu verwickeln. (Hört! Hört!) Im Royalismus und in royalistischer Gefinnung giebt es einen Unterschied, ob man sich nämlich ein parlamentarisches, oder ein echt preussisches Königthum denkt: Ich halte mich an die Worte eines Ihrer (rechten) Parteiführer, der da sagte: Gottlob, der constitutionelle König von Preußen ist abweichend von den constitutionellen Königen anderer Länder. Ich habe das Amendement Ihreswegen (zur Rechten), in Ihrem Interesse gestellt, damit Sie, wenn Sie es annehmen, sich von dem Verdachte reinigen, daß sie kein echt preussisches, sondern ein parlamentarisches Königthum wollen. Gleichwohl werde ich doch zu beweißen mich bemühen müssen, daß mein Amendement aus keiner Parteilichkeit hervorgeht. Der Redner commentirt den Abschnitt der Verfassung, welcher vom Könige handelt. Der König führt den Oberbefehl über das Heer. Soll das eine bloße Form sein? Das preussische Königthum hat es bewiesen, daß es im echt preussischen Sinne aufgemacht ist; es wird nicht dulden, daß bis in die technischen Fragen, bis in die Dienstzeit hinein die Organisation des Heeres durch einen anderen Factor der Gesetzgebung geregelt werde. Es heißt ferner in der Verfassung: Alle Regierungsacte werden zu ihrer Gültigkeit von einem Minister contrasignirt. Wir haben mit Freuden gesehen, daß der erste Act Sr. Maj. des Königs nicht gegengezeichnet war. Der König sprach an sein Volk. Wobin würde es führen, wenn der König keinen andern Rath zu hören beläme, als denjenigen, welchen seine Minister ihm zu geben gerade für gut befänden? Die Minister aber scheinen jetzt wirklich in Gefahr zu stehen, nicht mehr Diener der Krone allein, sondern auch Diener der Kammermajorität zu sein. Ich schließe mit der Mahnung, die Majorität möge sich hüten, tabula rasa mit der Verfassung zu machen, indem sie fortfähre, den einzelnen Paragraphen diejenige Deutung zu geben, welche mit dem Abschluß der Verfassung befestigt worden ist. Die Macht des Königthums möchte sonst leicht über die Verfassung hinweggehen. (Obst! lebhafter Widerspruch.)

Hr. Präsident. Wenn diese letzten Worte etwas anderes, als eine Prophezeiung sein sollten, so würde ich es tadeln, daß sie von dieser Stelle ausgesprochen worden sind — einer bloßen Prophezeiung kann kein Gewicht beigelegt werden. (Lebhaftes Bravo!)

Freiherr v. Vinde (Hagen) weist in glänzender von häufigem Beifall unterbrochener Rede die Argumente des Herrn v. Blankenburg zurück. — Die Worte, welche Herr v. Blankenburg einjuchend vorzuschlagen, seien nichts als eine bloße Phrase, die vielerlei, den König verlegenden, Deutung zuließe und alles was der Redner gesagt habe, seien eben nur leere Redensarten. Wenn sich aber der Herr v. Blankenburg in einer Weise ausspricht, welche der Herr Präsident so mild bezeichnet hat, so wird es doch nötig, diesen unparlamentarischen Worten einige Bemerkungen entgegen zu stellen. (Lebhaftes Bravo!) Was die Deutungen der Verfassung betrifft, so müsse man doch zugeben, daß Alles, was auf das Heer bezüglich ist, auch Regierungsacte und von dem Kriegsminister zu unterzeichnen sind, und ist dies der Fall, so gebührt es doch der Kammer, diese Regierungsacte zu prüfen. Wir haben dem Könige unsere Unterstützung versprochen, sollen wir diese Unterstützung ohne Prüfung gewähren? Und von der Grundsteuer ist gar nicht die Rede,

Bemerkung, daß eine Altistin zu den Luxusgegenständen der Bühne zu gehören pflegt, es konnte deshalb nicht befremden, daß der Gesang der alten Wahrsagerin kein Luxus war. Die Arrangements des letzten Actes waren recht hübsch, namentlich durch die Tanzleistungen des Hrn. v. Pasqualis und seiner Gesellschaft. Markull.

Vorlesungen von Rudolph Genée.

Nachdem Herr Genée in seiner ersten Vorlesung drei weibliche Charaktere der Dichtung in ihrem verschiedenen Verhalten zum sittlichen Lebensgesetz und die daraus entspringenden tragischen Conflict und Katastrophen in organisch gegliederter Gruppe gezeichnet hatte, widmete er den geistigen Abend zunächst der Erörterung einiger hervorragenden Besonderheiten des weiblichen Wesens, wie solche in den poetischen Gestalten der Marie in Göthes „Götter und Dämonen“, in der Thamselba in Kleists „Her mannsschlacht“ verkörpert erscheinen, am schließlich mit dem allumfassendsten Frauencharakter, dem Gretchen in „Faust“, in würdiger Weise diesen Cyclus zu enigen. Wir versuchen wiederum, die Hauptmomente des spannenden Vortrags hier wiederzugeben.

In Maria, der Schwester des wilden Kämpfers im Nahhundert der Reformation, sehen wir das Weib in seiner verschönten und verschönten Eigenschaft. Sie, deren Neigung der an sich nicht gerade bössartige, aber leichtsinnige und egoistische Weislingen durch ein feines, einnehmendes Wesen hatte gewinnen können, verlor auch dann, als dieser sie um einer Rökete willen schmählich verließ, nicht den tiefen Grund ihrer schönen und standhaften Menschenliebe, welche sie selbst dem zu erweisen keinen

Stadt-Theater.

Zum Benefiz für Herrn Kapellmeister Deneke wurde vorgestern nach mehrjähriger Ruhe Aubers einst sehr beliebte Oper: „Der Maskenball“ gegeben. Der in seinem Fach tüchtige Dirigent hat ohne Zweifel alles in seinen Kräften Liegende gethan, um der Oper einen günstigen artistischen Erfolg zu verschaffen. Entsprach dieser nicht den Erwartungen, so lag es nicht in des Dirigenten Macht, die hindernden Einflüsse zu beseitigen. Wir vermisten bei der Vorstellung im Allgemeinen die leichte, elegante Gesangsweise und die lebendige, flüssige Darstellung, wie sie die französische Oper und ganz speziell der pikante Musikstil Aubers bedingen. Wenn der völlig französische Held der Oper, der Schwedenkönig Gustav, nicht über ein sehr geschmeidiges, elastisches Organ gebietet, welches namentlich auch die umfangreichste Benutzung des Falsetts gestattet, wenn er der Fertigkeit im Parlando-Gesange entbehrt und einer ungezwungenen, leichten Tonbildung, so wird ihm diese Partie manche Verlegenheiten bereiten und trotz aller Anstrengungen wird es ihm nicht gelingen, die vorherrschend graziose Seite der Musik in das richtige Licht zu setzen. Gleich im ersten Act bedarf der König sehr einschmeichelnder Gesangsgeschicklichkeit, denn seine Einführung, welche dem Zuhörer eine Idee davon giebt, wie ein Stückchen Regierungsgeschichte auch in Musik gesetzt werden kann, ist so trocken und langweilig als möglich. Wir verkennen den Fleiß, welchen Herr Horn auf den Gustav wandte, nicht, aber die Aufgabe liegt nicht ganz im Bereiche seiner Mittel. Frau Peltentsofer (Melanie) legte zu schwere Betonung auf den dramatischen Theil dieser Rolle. Sie behandelte die

die doch unbedingt notwendig, wenn die Heeresreorganisation durchgeführt werden soll. Worin besteht denn nun die Royalität und die Loyalität dieser Herren — bezüglich des Heeres sind sie über jeden Zweifel hinweg, aber über Grundsteuer, Eherecht u. s. w. haben sie allerlei Zweifel und machen dem Gesetz Opposition. Wie gesagt, alles ist nur Redensart und verfassungswidriges Verfahren. (Bravo!)

Herr Reichensperger (Geldern). Ich theile zwar nicht die Anschauungen, welche Herr v. Blankenburg zu seinem Antrage bezogen, kann mich aber dadurch nicht abhalten lassen, für dieselben zu stimmen. Der Antragsteller, der jetzt viel von Verfassungstreue spricht, gebührt einer Partei an, von welcher es bekannt ist, daß sie lange Zeit hindurch rief: „Fort mit der Verfassung!“ (Ja, ja! recht!) Um uns über die Stellung des Königs zur Verfassung Sicherheit zu schaffen, bedarf es keiner Interpretation von irgend einer Seite; ein Blick auf Art. 34 der Verfassungsurkunde ist genügend, denn er bestimmt Art und Umfang, also auch die Zeit für die Gesetze!

Herr Matt bis (Barnim) kann nicht für das zu dem ersten Theile des dritten Alinea gestellte Amendement stimmen, da er weder irgend ein Bedürfnis für dasselbe zugeben kann, und da der Antragsteller durch seine Auseinandersetzungen die Annahme seines Antrages ihm nur noch unmöglich gemacht habe.

Herr Me del. Ich werde gegen das Amendement stimmen, da ich es nicht für angemessen halten kann, daß das Haus und die Adresse sich mit einer Kritik königlicher Worte befasse, die sogar die Gottheit in ihre Urtheile hineingieße. Er müsse sich vielmehr mit aller Entschiedenheit gegen das Amendement erklären.

Der Herr Berichterstatter will nur bemerken, daß er bisher in seinen Urtheilen zur Adresse nur seiner Ueberzeugung gefolgt sei, nicht aber gestützt habe. Er erkenne dem Antragsteller relativ das Recht zu, sich zu äußern, wie er gethan, zuzugeben sei es aber nicht, wenn er sich bis zur Verdächtigung anderer Meinungen verleihe und sei daher nur noch anzuführen, daß die betreffende Commission mit vollem Ernste die Bearbeitung des Adressentwurfs vollzogen habe.

Herr Graf Bül der spricht für sein Amendement zum zweiten Satz des 4. Alinea. Meine politischen Freunde und ich, wir befinden uns nicht in der Lage, dem gegenwärtigen Ministerium ein Misstrauensvotum zu stellen, wie das 2. Alinea es enthält, aber auch nicht ein Vertrauensvotum, wie das erste Alinea des 4. Absatzes es enthält. Wir halten es für unsere Pflicht, den Räten der Krone so lange unsere Unterstützung zu gewähren, als sie die Intentionen und großen Bestrebungen der Krone unterstützen und fördern, und ich bitte daher das Haus, mein Amendement anzunehmen.

Herr v. Saenger. (Ein großer Theil der Abgeordneten verläßt den Saal, und die entstehende Unruhe läßt ihn daher nicht ganz verständlich werden). Es sei offen herauszusagen, daß der 2. Theil des 4. Alinea die reactionären Beamten betreffe. Schon im vorigen Jahre sei es ausgesprochen worden, daß das Verbleiben solcher Beamten in ihren Stellen im Lande mindestens Mißverständnisse zur Folge haben müsse. Ausgesprochen müsse es aber auch werden, daß es Abhänge sei, daß die Uebelstände der Erhaltung reactionärer Beamten in ihren Stellen gewiß von 1/2 der Bevölkerung des Landes unangenehm betrachtet werden. In einer Zeit, in der es nötig sei, daß das Ministerium sich mit Beamten umgibt, die keine Anordnungen freudig und ganz ausführen, sei es hohe Zeit, da einzugreifen, wo solches nicht zu erwarten wäre. Hierzu werde sich der Saal empfehlen, daß, wer nicht für mich ist, ist wider mich. Es werde, wenn nicht allein in Preußen, sondern überall in dieser Weise vorgegangen werde, es werde dann überall Gesetzgebung und Verwaltung im Einklange sich befinden, der nur gute Folgen haben könne. Es handle sich nicht um ein leichtes und unbegründetes Vergehen gegen Beamte, und am wenigsten sei man auf dieser (der linken) Seite des Hauses befugt, in dieser Beziehung mit Vorwürfen aufzutreten.

Herr Reichensperger (Geldern). Ich würde es für wünschenswerth gehalten haben, vergleichen, wie die Beamtenpflicht, nicht so in extenso zu behandeln, da Festsetzungen auf diesem Gebiete so möglich sind, wie Uebergriffe. Seit 10 Jahren aber besitzen wir ein gesetzliches Mittel, welches ein einseitiges Vorgehen gegen Beamte beseitigt. Gegenüber dem gegenwärtigen Minister des Innern sollte man aber mit Forderungen wegen Beamtenausforderungen rückhaltlos sein, denn er hat in seiner langen parlamentarischen Stellung es genügend bewiesen, daß er nicht einer Hinnahme von einer Partei gestehen werden kann, von der man noch heute fürchtet, denn er hat in schlimmerer Zeit, von 1848 an, gerade gegen diese Partei gekämpft.

Der Vorschlag in dem Entwurfe ist wohl geeignet, die Landesvertretung über die Grenzen eines berechtigten Einflusses hinauszuführen. Ich bedaure den jetzigen Zustand mit den Beamten, aber ich will, daß es der Regierung überlassen werde, zu ermitteln, ob gewisse Beamte ihre Schuldigkeit thun oder nicht. Warum denn will man auch nur bei den Oberbeamten stehen bleiben? Schon 1849 im § 17 der octroirten Verordnung ist die Frage wegen des Einflusses der Regierung auf die Beamten aufgeworfen worden; sein Inhalt wurde von Herrn v. Vinde u. A. bekämpft und der § wurde gestrichen, und damals bestanden doch andere Zustände wie heut!; damals erklärte die Regierung, mit solchen Beamten nicht regieren zu können, jetzt sagt sie, diese Beamten stören nicht, sie thun mir nichts, das wäre also ein reines Befehlen Seitens des Hauses. (Oho!) Nun, wenn Sie wollen, sagen Sie anstatt: „wir wünschen“. Es ist unbestreitbar, wie höhere Beamte einen solchen Einfluß ausüben können, und durch Beamte allein ist noch niemals ein großes Ereignis abgewendet oder herbeigeführt worden; der Redner erinnert an geschichtliche Thatfachen. Und Ihr Verlangen ist kein lazes Wort — es ist das Königthum nicht; hier ist nicht von Theorien mehr, sondern von ganz concreten Thatfachen, welche die Rechte der Krone nahe berühren, die Rede. Denn, was bleibt denn vom Könige, wenn Sie ihm verbieten, den oder jenen Beamten zu belohnen. Welches Recht haben Sie denn dazu? Wozu machen Sie denn dem König? (Bravo! links.) Gebührt Ihnen ein solches Recht der Beschränkung?

Herr v. Vinde (Hagen). Der Vorredner hat mich daran er-

Anstand nahm, der sie aufs Tiefste verletzt hatte. Als barmherzige Schwester steht sie Kranken und Leidenden tröstend und pflegend zur Seite; nicht in Folge eines zwingenden Gelübdes, sondern aus freiem, ächt weiblichem, ja christlichem Antriebe des Herzens.

Ihre Natur kennt nicht jene große, tiefgewaltige, ein ganzes Leben erfüllende Liebe, die, einmal am Innersten verwundet, fortan keine Ruhe mehr zu finden, an keinem zweiten Gegenstande zu einer Blüthe wieder zu gelangen vermag: Maria ist nur allzu sehr deutsch, wenn sie sich selbst und das ihr angethane Böse vergiebt und vergißt, ja noch so viel Freude am Leben wiedergewinnt, um einem edleren Ritter, Sidingen, zum Altare zu folgen.

Ganz anders deutsch, urdeutsch nämlich, steht Thunel da vor uns da, die uns in der leider so wenig gekannten „Hermannschlacht“ kleist in die Zeit unmittelbar vor der Niederlage der römischen Legionen im Teutoburger Walde durch die „vereinigten Deutschen“ zurückversetzt. Wahrlich, damals zeigten diese, wie man einem schlauen und gewissenlosen Feinde begegnen müsse, der mittelst niedrigster Künste auf ihre Entzweiung und Einzelvernichtung ausging. Der Redner legte hierauf besonderen Nachdruck.

Thunel da, arglos und in dem sichern Gefühl ihrer Liebe zum gefeierten Gatten Hermann, die Huldigungen des Ritters Dentidius nicht verschmähend, so lange sie in gewissen Grenzen bleiben, kann nur mit dem Aufwande der ganzen Beredsamkeit Hermanns über den wahren Zweck derselben aufgeklärt werden, den nämlich: sie gefangen gen Rom zu senden und mit ihrem Haare, ihren weißen Zähnen seine Kaiserin zu schmücken. Durch einen aufgefundenen Brief von der vollen Wahrheit dieses Aufschlags endlich überzeugt — der Redner gab die meisterhafte Scene wortlich wieder — wirft sich nunmehr ihre ganze Wuth, die unersättliche Wuth und Rache eines durch keine modern-sentimentale Schule hindurchgegangenen deutschen Weibes auf den Ver-

inner, daß ich die Ehre gehabt habe, mit dem Herrn Minister des Innern, dem Herrn v. Auerswald in früheren Jahren zur Opposition gehört zu haben. Ich bin aber kein ministerieller Abgeordneter, sondern ich spreche, wie ich es für die Interessen des Vaterlandes am besten halte. Hört man den Vorredner, so sollte man glauben, es handle sich um etwas Ungeheures, das ist aber nur Phantasie und daran ist nicht die Luft in diesem Hause, sondern die europäische Constellation, die ihm das Herz beengt, Schuld. Wir verlangen nur eine Einheit des Systems, und dazu ist es nötig, daß die selbstständigen Beamten von diesem System durchdrungen sind, um so mehr, wenn der Wechsel ein so prinzipieller ist, wie zwischen dieser und der vorigen, gegen Recht und Gesetz so gleichgültigen Regierung, welche politische Gesinnung künstlich machte und zwar durch Beamte, welche den Ministern unmittelbar untergeben sind, und das will der Vorredner mißbilligen? Hätte er erfahren, was in der Commission vorgegangen, so würde er 2 seiner Rede nicht gehalten haben, aber sein Bruder, Mitglied der Commission, scheint zu gewissenhaft im Bewahren des Geheimnisses gewesen zu sein (Gelächter). Von den Landräthen und solchen Beamten ist hier gar keine Rede. Wir haben selbst der vorigen Regierung die Nothwendigkeit zuerkannt, zur Erreichung der Einheit im System, gewissen Klassen von hohen Beamten die Inamovibilität zuzuerkennen; das sind Unterstaatssecretäre, Oberpräsidenten, Gesandten u. s. w. Wie ist es aber möglich, daß ein Beamter, der solche Gesetzwidrigkeiten hat unter seinen Augen vorgehen lassen, wie sie in der Königsberger Todtenschaue enthalten sind, mit Aufrichtigkeit dem jetzigen Ministerium dienen kann? Ein solcher Gesinnungswechsel ist unmöglich und behält man diese Beamten, so trägt man zur Demoralisation der Beamten bei. Diese Beamten sind das Auge und der Mund der Regierung; sind Mantelfeliche Brillen für die jetzige Regierung zuträglich? Sind diese Beamten notwendig, damit die Regierung auch die Stimmen der Minorität im Lande erfahre, wie ein Mitglied der Commission geistreich bemerkt hat? Ja denn müßten 2 Präsidenten in einer Provinz sein; einer für die Majorität und einer für die Minorität. Wohin das führt, davon ein Beispiel: In Berlin werden durch das Polizei-Präsidium dem Könige Auszüge aus den Zeitungen unterbreitet, damit Se. Maj. der König die öffentliche Meinung erfahre. Diese Auszüge macht ein Beamter; enthalten die Zeitungen das nicht was der Beamte will, so werden Artikel in den Publisten en geschickt, damit sie in den Zeitungsbericht dann aufgenommen werden können (Gelächter). Der Redner führt weitere Unzuträglichkeiten an — einen dieser Beamten soll das Ministerium sogar eine Strafe Gottes genannt haben; er tritt ferner den Verdächtigungen der Eigennützigkeit entgegen; er läßt jedem seinen Geschmack. Man hat von Parteiregierung gesprochen, davon wollen wir nicht wissen — wir wollen die Entfernung von einem Jüngling höherer Beamten — es wird das Vorfalls in Pommern gedacht, um zu beweisen, daß es keine Parteiregierung sei, die jetzt an der Spitze steht. Und wohin die Gummüdigkeit führt, das mögen die Verhältnisse des hiesigen Polizei-Präsidiums, die einen europäischen Ruf erlangt haben, bezeugen. Die Gischhoff'sche Broschüre hat eine Menge Thatfachen zur Oeffentlichkeit gebracht, über welche der Minister in der Commission erklärt hat, daß die Untersuchung zwar geschlossen, aber keine Entscheidung getroffen ist; Details wurden verweigert. Nach dem aber, was der Minister über Rummelsburg, über den Wohnungsanzeiger zugestanden hat, ist das Verbleiben des Polizei-Präsidenten auf seinem Posten unmöglich. Diese Thatfachen sind Verletzungen von staatsbürgerlichen durch die Versaffung garantierten Rechten, vom Rechte der persönlichen Freiheit. (Der Redner resumirt die durch den Stieber'schen Prozeß bekannten Thatfachen). Er billigt nicht das Verfahren Schwarzs und meint, die Regierung war in ihrem Recht, gegen diesen Beamten vorzugehen, der Zahlreue an all dem Unrecht Schuld war. Die öffentliche Meinung ist aber verwundert, daß die Maßregel vereinzelt steht. Gegen die Justizbeamten ist mit Strenge verfahren worden, aber die Polizei geht mit Ehren aus und das Land stellt doch die Justiz höher als die Polizei. Der Polizei-Präsident hält nach wie vor Immediatvorträge bei dem König, er findet sich auf dem Bahnhofe zum Empfang auswärtiger Souveräne ein, ja — zur Repräsentation wählt man sich doch in der Regel Jemanden aus, gegen den nichts vorliegt. Wir haben Vertreter Berlins in der Commission gehabt und alle haben erklärt, daß der Polizei-Präsident nicht mehr das Ansehen genießt, das er nötig hat, um sein Amt ausüben zu können und das sind Männer, die im Dienste grau geborben sind. Welchen Eindruck muß das auf das Land und auf Europa machen? Solche Mißstände darf man nicht zudecken, nicht verschleiern. Auf diesem Wege geht es nicht weiter — nicht die reactionären Beamten sollen entlassen werden, sondern solche, die im entgegengelegten Sinne zu den Anordnungen des Ministeriums ihr Amt verwalteten. Mißverständnisse kann der Saal im Entwurfe nicht werden und auch der Minister hat ihn nicht mißverstanden; Herr Reichensperger möchte es thun. Wir sind hier um die Stimme des Landes offen auszusprechen, wir hören nach Keinem und eheerbitet ist die Adresse gewiß gehalten. Das Behrend'sche Amendement ist allerdings deutlicher als die Commissionssatzung. Wir wollen nicht in die Prärogative der Krone eingreifen, wir wollen nur in großen Zügen sagen, was das Land denkt; aber wir denken nicht entfernt daran, den Ministern ein Misstrauensvotum auszustellen — wenn aber der Minister des Innern seine Ueberzeugung dem Vaterland, wie er es, zu seiner Ehre sei es gesagt, schon oft gethan, nicht opfern will, denn wird er gewiß der erste sein, der seinen Posten verläßt (Oho links!) Wir haben hier eine Ausnahme vor uns, die nur in Deutschland vorkommen kann. Ein Mann, zur Gewalt gelangt, benutzt sie zu demüthigenden Vorhaben, Verhöhnung herbeizuführen. Diese Thatfache, die nur alle Menschen befallt, ehrt den Menschen, aber der Staatsmann hat anderes zu thun. Wenige Männer im preussischen Vaterlande sind so geachtet, wie die Grafen Schwerin; die Geschichte würde es nicht begreifen, wie der Name eines Grafen Schwerin mit dem von manchen Beamten in Zusammenhang gebracht werden kann.

Minister des Innern. Ich würde mich nicht veranlaßt ge-

räth der ihrer und des Vaterlandes; sie beschließt, ihm mit seiner eigenen Waffe, der List, zu begegnen, indem sie ihn zu einem Stellbischen labet und hier, hinter einem Witter vermahnt, von einer Bärin zerrissen läßt. So das Stild, worin damit freilich die Grenzen des Theatralischen, nicht die des Dramatischen, überschritten sind. Thunel da aber ist sonach der volle Gegensatz Maria's und repräsentirt gegenüber jener christlich verebten Weiblichkeit die ganze ursprüngliche, heidnisch-gewaltige Natur der deutschen Frau.

Gretchen endlich ist in Beziehung zu Faust der positive Gegenfag Mephisto's; dabei findet sie in Faust die Ergänzung ihres Wesens, wie dieser noch mehr in ihr. Repräsentirt Mephisto das bewußtvolle Böse im Princip, Faust aber den zwischen Gut und Böse, zwischen bewußtem Rechtswollen und unbewußtem Unrechtthun hin- und hergeworfenen, irrenden Menschen, so ist Gretchen andererseits die naive, urreine, die ewig weibliche und stittliche Natur, die eben thut und leidet, wozu die nach unerbittlichem Schicksalwillen hervortretende Außenwelt, das Leben, sie bestimmt. Alles Leben aber und alle That, welche ja stets eine Entäußerung des innern Natur-Selbst, eine Entzweiung in wörtlichem Sinne ist, hat den Conflict zwischen diesem Innern und jenem Außen, zwischen Herz und Welt, zwischen dem persönlichen Ich mit seinen Trieben und dem Gesetz, das diesen Trieben Einhalt gebietet, im Gefolge. Faust nun, der sich bereits im höchsten Conflicte mit der Welt befindet, bedarf der harmonischen Natur Gretchen's, um durch sie zuerst selber, der Menschheit ganzen Jammern, den sein mephistophelisch Thun an Gretchen hervorgerufen, kennen zu lernen, dann aber nach Durchkämpfung aller der Drangsale, in die das Böse (Mephisto) ihn noch ferner stürzte, zum höhern Frieden hinaufgeläutert zu werden: die Liebe zu Gretchen, erst eine rein menschliche und sinnliche, dann eine über alles Sinnliche und Selbstliche verklärte, führt ihn den Weg zu dieser Erlösung. Ihr tragisches Schicksal aber wird für die Entwicklung der Faustidee zur Nothwendigkeit. Der Genuß untergräbt unbewußt ihre Un-

fählt haben, weder zu dem in Rede stehenden Satz des 4. Alinea der Adresse, noch zu dem gestellten Amendement das Wort zu nehmen. Der letzte Herr Redner hat aber die Debatte so sehr auf das Gebiet der Persönlichkeit geleitet, daß ich auf dasselbe ihm zwar nicht folgen werde, aber doch mit einigen Worten darauf erwidern muß. Der Redner hat eines Oberpräsidenten erwähnt, der die Anordnungen seiner Vorgesetzten nicht strikte ausgeführt habe; er hat ferner das Verhalten des Polizeipräsidenten von Berlin einer besonderen Betrachtung unterworfen. Hierauf muß ich erklären, daß der erstere Vorwurf nicht begründet ist, und was den letzteren betrifft, die bis jetzt gepflogenen Verhandlungen mir nicht die Ueberzeugung verschafft haben, die Entfernung des Polizeipräsidenten aus seinem Amte als eine Nothwendigkeit zu erkennen. Ein anderes Verhalten der Minister Sr. Majestät, als nach eigener Ueberzeugung, würde ich nicht als erprießlich erkennen können.

Herr Behrend (Danzig) vertheidigt sein Amendement. Man müsse sich seinem Könige gegenüber mit Freimüthigkeit ausdrücken, so zieme es dem Deutschen. Das jetzige Ministerium verfolgt keine Tendenz-Politik; es will, daß Recht und Gesetz aufrecht erhalten bleibe. Das weiß Jeder! Das Ministerium halte die Verfassung, ohne daran zu denken. In dieser Beziehung seien er und seine Freunde Anhänger des Ministeriums, aber die Beamten in den Provinzen, von welchen die Rede gewesen, müßten doch beseitigt werden. Der Redner macht den Minister aufmerksam, durch welche Organe die Thatfachen, die er verlangt, mitgetheilt werden und wie sie dargestellt würden. Er giebt Beispiele über einzelne Handlungen der Provinzialbeamten, um seine Behauptung zu belegen.

Der Minister des Innern. Die Regierung hat keine Veranlassung, dessen ungeachtet hält sie die Regierung für ihre Pflicht, und sie glaubt, dies der Achtung vor dem hohen Hause schuldig zu sein, ihren Standpunkt zu der in Rede stehenden Frage klar darzulegen, wo es sich darum handelt, zu erwägen, was zu thun sei, um die nothwendige Einheit in der Verwaltung herzustellen. Die Erwägung dieser Frage bewegt sich aber innerhalb der Grenzen der exekutiven Gewalt, und die Regierung würde glauben, nicht im Einklange mit den altpreussischen Grundsätzen der Verfassung zu handeln, wenn sie nicht bestrebt wäre, alle guten und erprießlichen Kräfte um sich zu sammeln und zu benützen. Auf diesem Wege gelingt es ihr vielleicht, alle Parteigegensätze auszugleichen und die Veröhnung herbeizuführen, die nicht schwer zu erlangen ist, denn es giebt ja einen gemeinsamen Boden, wo sich alle zusammenfinden und auf welchem die Stärke Preußens nach Innen und Außen beruht — die Liebe zu König und Vaterland! So lange die Beamten ihre Pflicht erfüllen, so lange legt die Regierung voraus, daß sie ihre Pflicht über ihren Parteistandpunkt stellen. Die Regierung lege auf die Ehrenhaftigkeit der Gesinnung ihrer Beamten den höchsten, den allerhöchsten Werth, aber sie glaubt, daß der Kreis der Wirksamkeit der Beamten nicht der Tummelplatz politischer Thätigkeit sein darf. Die Regierung glaubt sich stark genug, hierüber selbstständig urtheilen zu können; sie wird diese Richtung auch ferner inne halten. Nun, meine Herren, einige Worte noch. Alle die wohlwollenden Ermahnungen, Warnungen sind an meine persönliche Adresse gerichtet und so weit sie mein Ministerium betreffen, mußten sie an mich persönlich gerichtet sein. Ich gedente wohl des Augenblicks, da es für die Regierung von der höchsten Wichtigkeit sein wird, daß der Strom der Begeisterung recht ruhig und breit fließe; ich fühle es wohl, daß ein preussischer Staatsmann seine Pflicht verlegen würde, wenn er nicht all sein Dichten und Trachten darauf richtete, daß er für einen solchen Zeitpunkt probenhaltig gefunden werde. Ich bin nicht anmaßend genug, zu glauben, daß ich stets das Richtige treffe, ich bin auch nicht eigenmächtig genug, um immer auf meine Ansicht bestehen zu wollen, aber ich bin auch nicht so schwach, um für die Meinung des Landes das zu halten, was Sie dafür ausgeben. Manifestationen der öffentlichen Meinung müsse man ernstlich prüfen, und die Pflicht des Staatsmannes sei es, je nach dem Ausfall dieser Prüfung zu handeln; ich werde dieser Pflicht genügen, so lange das Allerhöchste Vertrauen mich auf diesem Plage läßt. (Beifall der Zustimmung.)

(Abg. Behrend (Danzig) zieht sein Amendement zurück.)

Der Finanzminister, Herr v. Patow. Der Herr Minister des Innern hat die Stellung der Staatsregierung zur vorliegenden Frage schon dargelegt und ich könnte daher schweigen; aber sie berührt auch mich in meiner amtlichen Stellung und sie werden daher einige Worte zur Sache einschubigen. Die Regierung ist sich nicht allein bewußt, in Uebereinstimmung mit dem 2. Satz des 4. Alinea handeln zu müssen, sondern sie ist sich auch ebenso bewußt, in diesem Sinne gehandelt zu haben. Das jener Satz die Majorität der Commission gefunden und auch die des Hauses erhalten wird, wird die Regierung in seiner Bedeutung nicht unterschätzen. Sollte die Regierung Erfahrungen machen in dem Sinne, wie obiger Satz ihr gedent, so wird sie nicht ermangeln, ihm entsprechend zu handeln. (Bravo!) Soll aber jener Satz die Forderung enthalten, daß die Regierung vorbeugende Dispositionen zu treffen habe, dann würde sie wissen, wie sie sich zu verhalten habe. Sie haben der Regierung viel Vertrauen gewährt, aber gerade deshalb glaube ich, daß Sie auch in diesem Falle ihr Vertrauen können, sie werde in jedem einzelnen Falle ihre Pflicht zu erfüllen wissen.

Herr Gneist. Wenn an eine Regierung ein Antrag dahin gestellt werde, ohne Ansehen der Person und ohne Rücksicht auf politische Parteistellung zu verwalten, so ist das nur zu billigen. Unser ganzes Verwaltungssystem, das könne man nicht verkennen, sei auf Unbefangtheit begründet, aber diese Unbefangtheit liege im Allgemeinen in der Beamtenwelt nicht mehr vor, und wenn daher auch Ueberwachung der höheren Beamten über ihre Untergebenen zu billigen sei, so könne doch ein tendenziöses Vorgehen auf diesem Gebiete nicht gewünscht werden. Niemand in diesem Hause werde es unternehmen, der Regierung zu sagen, nach welcher Kategorie Beamte an- und abzustellen seien. Die dauernde Sehnucht nach neuen Schablonen in der Verwaltung bezeuge die Gefahr des Schwankens auf diesem Gebiete, das von dem der Justiz stets fern zu halten sei, der daher das Urtheil über das Verbleiben oder Entlassen eines Beamten am geeignetsten überlassen werde.

Herr v. Blankenburg. Der Abgeordnete für Geldern habe zum großen Theil gesagt, was er zu sagen beabsichtigte, daher er nur einige

schuld, und jenen rächt das bürgerliche und göttliche Gesetz an dem Weibe. So bewahrt sie sich an dem Widerspruch der sich hingebenden Frauennatur mit dem Leben, mit der „bürgerlichen Ehre“, das allgemeine tragische Geschick des Weibes in Gretchen, welche bei aller individuellen Persönlichkeit Vertreterin ihres ganzen Geschlechts wird. Das Uebermaß der Liebe zum Geschöpf erzeugt nothwendig ein Uebermaß des Schmerzes, der bis an die Grenze des Wahnsinns führen kann, wo selbst die Kirche, die sichtbare, keinen Trost, der Geliebte keine Befreiung gewähren kann, wo das gequälte Herz sich selber dem „Gericht Gottes“ übergeben und den Ruch der Reue und Buße bis auf die Neige leeren muß. So geschah es Gretchen. Da erst erdnt es von Oben herab: „sie ist gerettet!“ und nicht allein sie: „Heinrich“ ruft sie dem Freunde hangend nach und zieht auch ihn nach vollbrachter Wiedergeburt, wie am Schluß des zweiten Theiles der Tragödie durch die mater gloriosa symbolisch angeedeutet, „ahnungsvoll hinan.“ — Gretchen's Bruder „Valentin“ aber desinirt der Redner als den Vertreter der in ihrer innern Hohlheit sich blähenden, prahlerischen bürgerlichen Ehre, jener Ehre, welche den Gefallenen verdammt, ohne selbst je schwere Versuchungen gekannt zu haben, während Frau Martha, sein weiblicher Mephisto, Gretchen's Fall einleitet und beschleunigen hilft.

Nachdem wir somit dem Gange des Redners in seiner psychologisch-reproduzierenden Character-Analyse zu folgen versucht haben, können wir uns nunmehr am Schluß nur dahin erklären, daß Herr Genée es verstanden hat, uns mit wenigen, aber klar-bedeutenden und stets das Wesentliche treffenden Zügen große, höchst anregende Zeichnungen vorzuführen, und wir können auch nicht umhin, der bündigen, aller Pörfse abholden Art und Weise, in der er das Eigene vortrug, sowie nicht minder der maß- und ausdrucksvoll-charakteristischen Recitation der dichterischen Worte und Scenen mit besonderem Lobe zu gedenken, indem wir den Wunsch hieran knüpfen, bald noch ein Mehreres dieser Art von dem kunstverständigen Redner zu vernehmen.

Äußerungen des Abgeordneten für Hagen beantworten sollte. Der Redner that dies in überwiegend humoristischer Weise, die wiederholt das Gelächter des Hauses hervorruft. Er geht das Verhalten mehrerer Minister durch, in sofern auch, als er einzelne Beamte oder amtliche Leistungen namhaft macht, die sogenannter reactionärer Natur seien, ohne daß die betreffenden Minister darin Gefahr für ihre Verwaltung erkannt hätten und fordert schließlich das Haus auf, nicht die Regierung in eine Lage zu drängen, die außer den Beamten auch den Staatsinteressen gefährlich werden könnten; das Haus möge daher seinen Beschluß fassen, von dem es sich von vornherein sagen müßte, daß die Regierung ihn nicht ausführen könnte.

Der Staatsminister v. Auerswald. In den Erklärungen der Minister des Innern und der Finanzen liegt nichts, was dem Vorredner das Recht geben könnte, irgend einen Verdacht auszusprechen. Die Herren Minister haben sich so unumwunden und deutlich geäußert, daß ihre Worte keiner Mißdeutung fähig sein können. (Bravo).

Herr v. Vincke (Hagen) legt den von Herrn v. Blantenburg angeführten Beispielen von zur Dispositionstellung militärischer Beamten andere entgegen, wie die der Herren v. Auerswald, v. Bonin u.; auch des Polizei-Präsidenten von Berlin geschieht nochmals Erwähnung um dem Minister des Innern zu erklären, daß es sich gar nicht um die Qualifikation des z. v. J. J. als Ehrenmann, sondern um die als Beamten handelt. Wenn der Minister erklärt, daß er die Integrität des z. v. J. J. nicht in dem Maße für gefährdet erachtet, daß seine Entfernung jetzt schon notwendig geworden, so versichert er nur das Urtheil, das heut über diesen Beamten gefällt worden ist. Der Redner behauptet, nicht so weit gegangen zu sein, als Herr v. Blantenburg, der selbst Verstorbenen erwähnt hat (Unruhe links); er tadelt die komische Art, in welcher Herr v. Blantenburg, wie ein Guckstapfenmann, die Minister vorgeführt hat: Vrr! ein andres Bild! (Gelächter!) aber auch da habe der Herr v. Blantenburg nur solcher Dinge erwähnt, die ihm in seinen Kram passen. Aber die Grundsteuer, die Ehegesetze, habe er mit Stillschweigen übergangen.

Der Minister des Innern. Das Ministerium verschuldet die schiefte Lage, in der sich die Discussion befindet, nicht. Nur einige Bemerkungen in Bezug auf meine Äußerungen über den Polizei-Präsidenten will ich mir erlauben. Ich erkläre ausdrücklich, daß ich die Integrität desselben für überhaupt nicht angegriffen erachte. Auf das Urtheil der sechs Männer aus Berlin darf ich kein Gewicht legen, weil ich die Ueberzeugung habe, daß sich die Sache anders verhält. Ich belege diese Discussion auf das Tiefste um des Vaterlandes willen, aber ich habe die Ueberzeugung, daß trotz derselben die Autorität der Beamten nicht untergraben werden wird. Bezüglich des Coesliner Vorfalles haben wir, ich wie der Graf Büdler, von einer feindseligen Demonstration nichts gemerkt. Es ist wahr, daß ein Toast auf den Oberpräsidenten der Provinz lauten Anklang gefunden hat; ich habe aber daraus den Schluß gezogen, daß man in Coeslin mit der jetzigen Regierung zufrieden ist. (Bravo, Gelächter rechts!)

Die Discussion ist geschlossen und nach einigen persönlichen Bemerkungen seitens der Herren von Wedell, Lüderitz, Reichenperger (Geldern) und (Köln), von Vincke (Hagen) ergreift der Reichstagspräsident Herr Bessler das Wort, er resumirt die Discussion: „Nichts legt ein so hohes Zeugnis von dem durch und durch gesunden Zustande in Preußen ab, als daß eine solche Discussion heute hier habe stattfinden können. Die Debatte hat sich nicht von Persönlichkeiten freigegeben, hat sich nicht davon freihalten können, aber sie ist nicht persönlich gewesen. Die Commission hat geglaubt, daß dem Beamten nicht bloß eine negative, sondern auch eine positive Unterstützung der Regierung zur Pflicht gemacht werden könne und müsse und daß ist der Unterschied zwischen der Auffassung der Regierung und dem Standpunkt, den die Commission eingenommen hat. Was will man sagen, mit dem ewigen Vorwurf von Eingriffen in die Execution: das ist die unglückselige Frucht des Kompetenzconflicts-Verfahrens, das sich von dem Konflikt zwischen Justiz und Verwaltung auf die großen Institutionen des Staats verpflanzt hat.“

Bei der Abstimmung werden alle conservativen Amendements mit großer Majorität verworfen; das 4. Alinea nach dem Entwurfe angenommen. Vor Schluß der Sitzung bringt der Finanzminister einen Gegenentwurf ein, betreffend die Ermäßigung der Rheinzölle und die Aufhebung der Durchfuhrzölle und bittet um schleunige Verabreichung. (Bravo!)

Die Sitzung wird um 4 Uhr geschlossen. Fortsetzung der Spezial-Discussion: Morgen um 10 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 5. Februar. Der General de la Marmora hat heute Berlin verlassen und sich nach Turin zurückbegeben.

(N. Pr. 3.) Der Oberpräsident v. Bonin, der sich erst im Laufe der vorigen Woche nach Posen zurückbegeben hatte, ist am Sonnabend hier wieder eingetroffen, hatte an diesem Tage eine längere Konferenz mit dem Minister des Innern, und ist heute nach Posen zurückgekehrt. Wie wir hören, soll Herr v. Bonin sich überzeugt haben, daß seine ununterbrochene Anwesenheit in Posen unbedingt notwendig sei, weshalb derselbe ein Mandat für das Abgeordnetenhaus annehmen nicht mehr geneigt sein soll.

Im Kriegsministerium ist man jetzt mit der Organisation der Marine-Verwaltung beschäftigt. Als künftiger Director dieses Departements wird fortwährend in erster Reihe der General v. Wasserschleben genannt.

Frankreich.

Paris, 3. Februar. Man hält kluger Weise heute, da Niemand weiß, was morgen kommt, mit eigenen Beurtheilungen und Unterstellungen über die politische Situation so viel als möglich zurück. Eine Moniteur-Correspondenz aus London, die sich in einer für das offizielle Blatt sehr derben Weise über die neueste Haltung des Königs Wilhelm von Preußen äußert, hat einiges Aufsehen erregt. — Die syrische Konferenz wird schließlich wohl doch in Paris und nicht in Konstantinopel abgehalten werden. Man versichert heute, England, Rußland und Preußen hätten ihre Zustimmung zur Zusammenkunft am hiesigen Plage ertheilt. — Verschiedene Garibaldische Officiere und Unterofficiere französischer Nation, die sich seit einiger Zeit hier auf Urlaub aufhielten, sind dieser Tage aufgefordert worden, sich spätestens bis zum 15. Februar bei ihren betreffenden Freicorps einzustellen. — Es heißt, der Kaiser werde sich vor der Abfahrt des französischen Mittelmeer-Geschwaders zur Besichtigung desselben nach Toulon begeben.

Für die Ueberschwemmten in Holland hat der Kaiser 1000 und die Kaiserin 500 Frs. gezeichnet.

Italien.

Turin, 1. Februar. (R. Z.) Man spricht mit von einem geheimen Besuche Garibaldi's bei Victor Emanuel; ich mag die Richtigkeit dieser Nachricht jedoch nicht verbürgen. So viel ist aber gewiß, der König und Cavour sind beide über die Pläne Garibaldi's beruhigt. Dieser hat versprochen, er werde weder in Ungarn noch in Venedig gegen Oesterreich selbstständig auftreten, und er wolle nur unter dem Befehle des Königs kämpfen. Wenn ich nicht irre, hat General della Marmora in Berlin ausdrücklich und auf das Bestimmteste zu erklären, Sardinien werde Oesterreich weder in Ungarn noch in Venetien angreifen. Diese Erklärung will Cavour vor dem Parlamente indirect erneuern, indem er ankündigt, er wolle wieder Unterhandlungen mit Rom und Wien anknüpfen. Ueber das Programm der Regierung verlautet ferner, daß dieselbe zunächst Victor Emanuel zum Könige von Italien vom Parlamente wird proclamiren lassen. Cavour wird die Ernächtigung zu einem nach Maßgabe der Verhältnisse allmählig abzuführenden Anleihen von 500 Millionen verlangen. Er wird vorschlagen, die Armee und die Flotte auf den Kriegsfuß zu setzen, aber die Wirksamkeit der ohne Bewilligung der Regierung thätigen Ausschüsse soll eingestellt werden. Dixio

und die anderen Generale Garibaldi werden diese Maßregel bekämpfen, aber dieselbe wird doch durchgehen. Cavour arbeitet schon jetzt an seiner Rede über die Situation, welche zugleich ein Manifest an die verschiedenen Nationen Europas sein soll. Die Nachrichten aus Paris lauten günstig. Vimercati hat hieher geschrieben, der Kaiser werde sich sehr friedlich äußern und hoffe den Beifall aller Regierungen Europas zu erringen.

Danzig, den 5. Februar.

* [Stadtverordneten-Versammlung, den 5. Februar.] Vor der Tagesordnung verliest der Vorsitzende, Hr. Justizrath Walter, ein Schreiben des Rectors und Senats der Berliner Universität, worin dieselben den städtischen Behörden Danzigs ihren Dank für die Theilnahme an der Jubelfeier der Berliner Universität aussprechen. — Ferner theilt Hr. Walter mit, daß Hr. Oberbürgermeister Stodde dem Magistrat den in dem Herrenhause eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Städteordnung von 1853 habe zugehen lassen. Der Entwurf sei von dem Magistrat an die Commission, welche die Vorschläge zur Abänderung der Städteordnung beraten hätte, übergeben worden und diese trage, da der betreffende Gesetzentwurf weiter hinter den Wünschen der städtischen Behörden zurückgeblieben sei, in Uebereinstimmung mit dem Magistrat darauf an, Abschrift des umfassenden, von den städtischen Behörden gefertigten Berichts über die Abänderungsvorschläge zur Städteordnung an den Hrn. Oberbürgermeister und die Abgeordneten in Berlin zu senden und dieselben aufzufordern, daß sie nach Kräften dafür wirken, daß die Gesetzentwürfe durch Amendements u., den Wünschen entsprechend, modificirt und geändert werde. Die Versammlung erhebt diesen Antrag zum Beschluß. Ein Antrag des Hrn. Foding: den Magistrat zu eruchen, derselbe möge die Königl. Fortification darum anheben, daß sie den beiden Brücken zwischen dem hohen und dem obern Thor eine solche Breite geben möge, daß die Passage nicht beeinträchtigt werde, wird ebenfalls angenommen. — Das von dem Magistrat vorgelegte Regulativ für Veranlagung und Erhebung der Mietzsteuer wird dem Magistrat mit dem Wunsch, einige Bestimmungen des Regulativs präciser zu fassen, noch einmal überwiesen. — Als 17. Mitglied der Deputation wird Hr. Stoboy gewählt, wodurch nummehr die Vollständigkeit dieser Deputation erreicht ist. — Die von Hrn. Stadtbaurath Licht verfasste Denkschrift über die Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse Danzigs und die Reform des Cloakenwesens u., welche den Mitgliedern der Versammlung zugegangen ist, wird einer gemischten Commission zur sofortigen Verabreichung übergeben. Für diese gemischte Commission werden seitens der Versammlung durch Zettelwahl folgende Herren gewählt, Steinmig, Koepell, Dr. Pimto, F. W. Krüger sen., Freßell, Goldschmidt, Zebens, Dr. Liévin und Dr. Bredow.

* Dem Artillerie-Director Hauptmann Galtzer ist von Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich der Orden der eisernen Krone verliehen worden. Veranlassung zu dieser Auszeichnung sind die in den Werkstätten der hiesigen Artillerie-Direction gefertigten und vor einiger Zeit an die k. österreichische Regierung überlassenen Probefüße von Laffeten und sonstigem dem Marinegebrauch entsprechenden Zubehör zu gezogenen Geschützen.

* In der heutigen Sitzung des Aeltesten-Collegiums der Kaufmannschaft ist der bisherige Schiffs-Capitän Domke (v. d. Pauline) zum Schiffsmäkler gewählt worden.

* [Stadttheater.] Nächsten Freitag wird im Theater zum Benefiz von Fräulein Heuser „Die Tochter der Grille“ zur Aufführung kommen. Das Stück ist neu und hat an andern Bühnen, z. B. in Hamburg, sich sehr großen Beifalls erfreut. Wir wünschen, daß sich das Interesse des Publikums für die geschätzte und talentvolle Benefizantin an dem genannten Tage durch zahlreichem Besuch des Theaters betheiligen möge.

* Bei dem immer stärker auftretenden Thauwetter wird bereits auf die Wiederherstellung der Wassertrassen Bedacht genommen. Seit heute ist die Fähr am Krabtpor im Gange, und in der Nähe der Eisenbahn sieht man Arbeiter auf dem Eise der Mottlau beschäftigt, um eine Fähr für Lichterfahrzeuge frei zu machen. — Der Weg nach Neufahrwasser befindet sich in einer Verfassung, die man nicht genau genug beschreiben, noch durch das Auge treu wahrnehmen, am besten aber durch das Gefühl verstehen lernen kann. Dabei ist dies das einzige Verkehrsmittel für die im Hafen lebenden Dampfschiffe, und im verflochtenen Monate haben 2500 Lasten Getreide, also mindestens dieselbe Anzahl Schlitzen diese Passage benutzen müssen! (Es ließe sich eine interessante Berechnung darüber aufstellen, wieviel Erpansionskraft, Arbeitslohn, Pferdefleisch u. s. w. bei einem bestehenden Schienenwege in dem einen Monat Januar zu machen gewesen wären.)

* Heute Vormittags wurde in der Melzergasse eine Frau durch den Knüttel des Polizeibewachters J. überfahren und nicht unerheblich verletzt. Ursache war, daß sich in der an und für sich schon engen und durch die seit einigen Tagen dort aufgehäuften Schuttmassen noch mehr beengten Straße zwei Wagen ausbiegen mußten.

* Herr Dr. Richter, dem hiesigen Publikum von früher bereits bekannt, beginnt heute Abend eine Reihe von Vorlesungen über die Jungfrau von Orleans, über deren Leben seit der Veröffentlichung der Prozeduren und einer Anzahl von Privat-Dokumenten durch Quicherat vielfache Aufklärung gekommen ist.

* Während der Dauer der diesjährigen Kunstausstellung wurden im Ganzen 39 Bilder im Werthe von 5747 Thlr. 10 Sgr. gekauft, darunter 12 Bilder vom Kunstverein für 1787 Thlr. 20 Sgr.; außerdem sind noch bei auswärtigen, sowie hiesigen Künstlern mehrere Bestellungen gemacht worden.

* [Theatralisches.] Das Gastspiel der vorstehenden Sängerin, Frau Samann de Paëz, wird eine willkommene Verlängerung erfahren. Wir haben von derselben noch drei Rollen, zum Theil nach den edelsten Richtungen hin zu erwarten, die Donna Anna im „Don Juan“, die Isabella im „Robert“ und die „Lucia“. Vorausichtlich wird die Künstlerin auch in diesen Rollen das lebhafteste Interesse erregen, wie es ihr zu einer seltenen Ausbildung gelangtes reiches Gesangstalent verdient. Schon morgen tritt Frau de Paëz in „Robert der Teufel“ auf.

— Der hiesige Lehrerverein — im Jahre 1834 gegründet — feiert am 11. d. Mts. sein Stichtagsfest im Volke der verständigsten kath. Freischule. Es dürfte bei der heutigen Zeitrichtung hervorzuheben sein, daß derselbe seine simultane Tendenz bis heute beibehalten hat, und daß seine evangelischen und katholischen Mitglieder fortwährend im besten Einverständnis mit einander nur einen Zweck: die Förderung zu immer tüchtigeren Lehrberufen, unabhängig verfolgen. Seinen Vorstand wählt der genannte Verein alljährlich neu aus seiner Mitte, und auch darin unterscheidet er sich wesentlich von anderen Lehrerverbindungen, indem bei den meisten derselben ein Vorgesetzter an der Spitze steht, der als solcher die Mitglieder gewissermaßen beaufsichtigt und die Versammlungen nach seiner individuellen Ansicht leitet.

— K. — Wie uns gestern (Nr. 824 d. Ztg.) aus Marienwerder mitgetheilt wurde, ist die dortige Regierung bereits auf dem besten Wege, eine Verbesserung der Schullehrer-Witwen- und Waisen-Pensionen zu veranlassen und zwar unter Mitwirkung der Lehrer des Departements. Was hat bisher die hiesige Regierung, was haben die Lehrer unserer Stadt in dieser Angelegenheit gethan? Wir sind der Ansicht, daß, wo kein Anfang gemacht wird, auch von keinem Resultat die Rede sein kann und möchten vornehmlich unsere Volksschullehrer dringend darauf aufmerksam machen, unsern guten Beispiele ihrer Kollegen in Marienwerder recht bald zu folgen und begründete Anträge zu stellen. Vielleicht giebt dies dem Herrn Regierungs-Schulrath willkommene Gelegenheit, seine Bemühungen, denen er sich vor einigen Jahren in dieser wichtigen Sache zu unterziehen versprach, wieder aufzunehmen.

— Z. Elbing, 5. Februar. Sie haben schon heute Morgen die Trauerkunde von dem Dahinscheiden eines unserer treuesten Mitbürger erhalten. Hermann Niesen ist aus der Reihe der Leben-

den geschieden. Der Schmerz der Familie — ich erwähne nur des greisen Vaters — wer könnte ihn nachempfinden? Aber doch, wer wäre in unserer Stadt, der nicht den innigsten, tiefsten Antheil an diesem Schmerze nähme, der nicht mühte, daß wir Alle den herbsten Verlust zu beklagen haben? Niesen war der würdige Sohn des würdigen Vaters. Mit einer Anspruchslosigkeit, einer Schlichtheit, wie sie in unseren Tagen schon selten geworden ist, verband er einen Mannesstolz, der vor keinem Unrecht sich beugte und der sein gutes Recht, wenn es zugleich ein Recht seiner Mitbürger und seiner Mitmenschen war, der auch das Recht, das ihn persönlich nicht berührte, unermüdet zu wahren, durchzusetzen, und wo das positive Gesetz es noch nicht anerkannte, zu erringen ihn antrieb. Wenn er außerhalb unserer Stadt oder doch unserer Provinz vorgewiesen nur als Nachfolger seines unvergeßlichen Schwagers Julius Born in der Redaction des „Neuen Elbinger Anzeigers“ genannt und mit Recht von ihm geträumt wurde, welchen Antheil an den, in der Geschichte der reactionären Preßkämpfe in Preußen Epoche machenden Kämpfen um die Existenz dieses Blattes er genommen und in wie tapferem Sinne er dasselbe noch beinahe drei Jahre lang unter dem Regime des Herrn von Westphalen fortgeführt hat: so war das doch nur der kleinere Theil seiner Wirksamkeit für die gemeinsamen Interessen seiner Mitbürger. Eine mühsamere und gewiß noch fruchtbarere Thätigkeit entwickelte er als Bürger und Stadtverordneter in den inneren Angelegenheiten unserer Stadt, mit denen er vertraut war, wie Wenige. Aber wie sehr ihm auch jede Einzelheit, die das spezielle Wohl Elbings betraf, am Herzen lag, so war er doch weit entfernt davon, für seine Vaterstadt etwas zu wollen, was nicht zugleich den Charakter eines allgemeinen Interesses an sich trug. Indem er in jedem einzelnen Falle, der in den Bereich seiner Wirksamkeit trat, das Recht der Elbinger Bürgerschaft wahrte, that er das mit dem vollen, klaren Bewußtsein, damit vor allen Dingen für das Recht der communalen Selbstverwaltung im ganzen Staate einzutreten. Wer die Verhältnisse näher kennt, wird wissen, welche Arbeiten, die seinen Namen gar nicht trugen, doch die seinigen waren, und wie es u. A. vorgewiesen seiner Thätigkeit zu verdanken ist, daß der Minister des Innern trotz seiner vorläufigen Erklärung sich jetzt doch genöthigt gesehen hat, dem diesjährigen Landtage eine Novelle zur Städteordnung vorzulegen.

Doch wie könnte ich, noch die Wunde des frischen Schmerzes in der Brust, es unternehmen, schon heute an das Tageslicht zu ziehen, was so tief im Verborgenen gewirkt ist, und dessen stillen Werth wir gerade wegen dieser Schlacken und doch so großartigen Unbekümmertheit um den Ruhm des eigenen Namens um so höher anschlagen müssen! Ja, ich fürchte fast, die Pietät gegen den Verstorbenen zu verletzen, wenn ich von Verdiensten spreche, um deren Willen er selbst nie sich hat rühmen lassen wollen. Wenn ich aber seiner häuslichen Tugenden wenigstens mit diesem Einen Worte erwähne, so geschieht es nur, um daran zu erinnern, daß es wahre, öffentliche Tugenden ohne häusliche nicht giebt.

□ Thorn, 5. Februar. Das Wasser der Weichsel ist hier heute früh bis 8' 9" gestiegen und ist langsam im Fallen. Abends 8' 8". Das Eis ist sehr mürbe, hat einzelne Löcher und hat oberhalb etwas gerückt; demnach dürfte mit dem Fallen des Wassers jede Gefahr eines frühen Eisganges und jede Besorgniß für unsere Niederungen verschwunden sein.

○ Strassburg, 4. Februar. Unser Kreistag hatte der Staatsregierung bekanntlich vor längerer Zeit mit einer Stimmen-Majorität bei der Landratswahl 3 Candidaten präsentiert. Gegen die Gültigkeit der Wahl wurde jedoch später ein formeller Fehler geltend gemacht. Seit einigen Tagen circulirt hier das Gerücht, die Regierung habe die Wahl nicht für ungültig erklärt, doch auch keinen der 3 präsentirten Candidaten bestätigt, vielmehr den Herrn Jung, bekannt durch sein treues Wirken für das frühere Westphalensche Ministerium, zum Landrath unseres Kreises ernannt habe. Wir wollen letzteres vorläufig doch für unmöglich halten.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, den 6. Februar 1861. Aufgegeben 2 Uhr 43 Minuten. Angelommen in Danzig 3 Uhr 40 Minuten.

Roggen unbehandelt.	Preis.	Reutenr.	Preis.
loco	49 1/2	3 1/2 Bistr. Fobr.	84 1/2
Februar	49 1/2	4 1/2 Bistr. Fobr.	82 1/2
Frühjahr	48 1/2	4 1/2 Bistr. Fobr.	82 1/2
Spiritus, loco	21	Ordn. Fobr.	127
Februar	11 1/2	Ordn. Fobr.	126 1/2
Staatsanleihe	86 1/2	Nationale	50 1/2
4 1/2 % 50r. Anleihe	100 1/2	Poln. Banknoten	87
5 % 50r. Pr. Anl.	105 1/2	Petersburg. Wechs.	96 1/2
		Wechsels. London	6. 18 1/2

Hamburg, 5. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco und loco-Lieferung sehr fest, abwärts etwas fest, aber ohne Geschäft. Roggen loco stille, abwärts 78 eber zu lassen als zu haben. Del. flau, Mai 24 1/2, October 20 1/2. Raffee bleibt stille.

London, 5. Februar. Börse flau. Consols 91 1/2. 1 % Spanier 40 1/2. Mexikaner 23 1/2. Sardinier 81 1/2. 5 % Russen 104 1/2. 4 1/2 % Russen 91.

Paris, 5. Februar. Schluß-Course: 3 % Rente 67, 85, 44 1/2. Rente 97, 50. 3 % Spanier 46 1/2. 1 % Spanier 40. Oesterr. St. Eisenb.-Akt. 476. Oesterr. Credit-Aktien —. Credit mobilier-Aktien 665. Lomb. Eisenb.-Akt. —.

Danzig, den 6. Februar. Bahnpreise. Weizen alter nominell; früher besser sein und hochunter möglichst gesund, 124/25/26/27—127/28/30/32 nach Qualität von 87 1/2—0—92 1/2/93 1/2—95/97 1/2—100/102 1/2; ordinair, bunt, dunkel und hell bunt frant 117/120—123/25/26 nach Qualität von 65/77 1/2—80/82 1/2—85/87 1/2. Roggen schwerer 56 1/2—58 1/2, leichter 55 1/2—57 1/2 nach Qualität von 125 1/2. Erbsen von 50/53—57 1/2/61 1/2 nach Qualität. Gerste kleine 97/100—102/6 1/2 von 36/39—41/45/46 1/2, große 100/104—108/11 1/2 von 43/46—51/55 1/2. Hafer von 20/23—25/27 1/2, schwerer bis 30 1/2 und darüber. Spiritus ohne Zufuhr.

Getreide-Börse. Wetter: milde. Wind SW. Bei guter Kaufkraft wurden heute 72 Lasten Weizen verkauft. Die Zufuhr bleibt geringe, wären Offerten reichlicher gewesen, würde auch der Umlauf an Ausdehnung gewonnen haben. Die heute bezahlten Preise müssen im Verhältnis entschieden zu Gunsten der Verkäufer berichtet werden. Bezahlt ist für 119 1/2 ordinair 450; 124 1/2 bunt ausgewaschen 525; 124/25 1/2 ordinair 535; 124 1/2 bunt 540; 126 1/2 hellbunt 560; 129 1/2 recht hell 600. Roggen 121, 122 1/2 333 1/2 125 1/2. Weisse Erbsen 342. Spiritus heute ohne disponiblen Zufuhr.

* Elbing, 5. Februar. (Orig.-Ber.) Witterung: Thauwetter. Wind: W.-N.-W. Die Zufuhren von Getreide sind, vermuthlich in Folge der schlechten Wege, gering. In den Preisen sämtlicher Getreidegattungen ist seit dem letzten Bericht vom 1. d. Mts. keine Veränderung eingetreten.

